

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 11

Artikel: Zwischen Vergangenheit und Zukunft
Autor: Mati, Ljubomir
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092738>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ljubomir Matić zu den Oppositionsparteien in Serbien (II)

Zwischen Vergangenheit und Zukunft

Im «zeitbild» 9/93 haben wir die wichtigsten serbischen Oppositionsparteien, die Erneuerungspartei, die Demokraten und die Radikalen vorgestellt. Im folgenden zweiten Teil analysieren wir den Zustand der serbischen Opposition und deren Möglichkeiten, Einfluss auf die gegenwärtige unheilvolle Politik Serbiens zu nehmen.

In den Wahlen im letzten Dezember ist es der serbischen Opposition nicht gelungen, Miloševićs Sozialisten eine Niederlage beizubringen, auch wenn sie immerhin mehr Stimmen erhielt als zwei Jahre zuvor, als zum ersten Mal mehrere Parteien zur Wahl standen. Trotzdem erhielten sie nicht mehr Sitze — von 250 deren 67.

Vorteilhafte Ausgangslage der Exkommunisten

Für dieses Wahlergebnis hat die Opposition die regierenden Sozialisten verantwortlich gemacht, und das mit guten Argumenten. Zu den wichtigsten gehören: Hinderung der oppositionellen Medienpräsenz; Missbrauch des staatlichen Fernsehens für Attacken gegen die Oppositionsparteien und deren Führer; Förderung der pseudo-oppositionellen Radikalen unter Seselj, mit deren Hilfe sich die Sozialisten die Neutralisierung der echten Opposition erhofften; Behinderung des Wahlkampfes durch Verbote und Schikanen gegen Oppositionskandidaten; Druck auf die Wähler und schliesslich ganz allgemein Unregelmässigkeiten, «weswegen auch die KSZE-Beobachter die Wahlen nicht anerkennen wollten».

In einem Staat, wo wie in Serbien ein Einparteiensystem herrscht, kann man die schwachen Resultate der Opposition grundsätzlich mit dem Missbrauch durch die Sozialisten erklären. Doch das stimmt nicht ganz; denn hätten die Sozialisten tatsächlich so viel Macht, dann hätten sie zunächst ihre Alleinherrschaft wie im früheren Parlament abgesichert, wo sie 200 der 250 Sitze innehatten. Statt dessen aber sind im Grunde sie die Verlierer der letzten Wahlen, haben

sie doch nur 101 Sitze erobert. Und Sozialistenführer Slobodan Milošević, auch wenn er als Präsident der Republik bestätigt wurde, erhielt immerhin 800 000 Stimmen weniger als noch 1990.

Fehlende Konkretisierung der Zukunftsvisionen

Es drängt sich deshalb die Frage auf, ob die Oppositionsparteien selbst nicht auch Fehler begangen haben. Bei der Suche nach der Beantwortung dieser Frage stellt man schnell fest, dass die Opposition den Serben keine echten Alternativen für die serbischen Probleme anzubieten hatte. Dazu gehört übrigens auch die Uneinigkeit untereinander wegen der Machtgelüste der Oppositionsführer.

Abgesehen davon, dass ein Teil der Oppositionsparteien die Rückkehr zur Monarchie will und ein anderer die Idee einer republikanischen Verfassung vertritt, sind die einzelnen Parteiprogramme in den meisten Punkten praktisch identisch. Alle sind für Demokratie, Pressefreiheit, Gleichberechtigung aller Bürger unabhängig von Geschlecht, Religion oder Volkszugehörigkeit. Und sie sind auch für Marktwirtschaft, Privatinitiative und soziale Sicherheit.

Darin unterscheiden sie sich auch wenig von der regierenden Sozialistischen Partei. Die Opposition müsste sich, um sich deutlich von den Sozialisten abzuheben, nicht auf allgemeine Richtlinien beschränken, sondern konkrete Programme ausformulieren. So sollte sie beispielsweise erklären, wie sie die freie Marktwirtschaft einführen und zugleich die Verarmung der Massen vermeiden will; sie sollte die Mittel aufzeigen, wie sie die Bürgerfreiheiten und -rechte schützen wird. Kurz, sie sollte den Wählern konkrete Entwürfe ihrer Vorstellungen des künftigen Staates vorlegen. So aber bleiben die Oppositionsprogramme eine reine Ansammlung von Worthülsen, etwas, das die Serben beziehungsweise die Jugoslawen schon seit der Macht-

übernahme der Kommunisten im Jahre 1945 kennen.

Diese Worthülsen allerdings haben bei den Kommunisten doch immerhin insofern einen Inhalt erhalten — der übrigens durchaus eine nicht unbedeutende Schicht von Bürgern beeinflusst hat —, als der Staat allgemeiner Arbeitgeber war, der zwar nicht viel Fleiss forderte, aber auch nicht viel Komfort brachte, wenn auch durchaus mit einer Portion sozialer Sicherheit. Eine geistreiche Definition des Kommunismus kann man im Vorwort der serbischsprachigen Ausgabe des russischen Romans «Moskau 2042» von Vladimir Vojnović nachlesen:

- «1. Es gibt keine Arbeitslosigkeit, doch arbeiten tut keiner;
2. Keiner arbeitet, aber alle beziehen Lohn;
3. Alle beziehen Lohn, aber keiner kann dafür etwas kaufen;
4. Keiner kann etwas kaufen, aber alle haben alles;
5. Alle haben alles, aber alle sind unzufrieden;
6. Alle sind unzufrieden, aber alle stimmen dafür.»

Genau dieses Bild trifft auf jenes Serbien zu, in dem rund 800 000 Erwerbstätige nichts zu tun haben, trotzdem aber einen Minimallohn erhalten, der ihnen das Überleben sichert. Diese wie auch einige Hunderttausende ihrer Kollegen, deren Arbeitsplatz ungewiss ist, haben natürlich den Sozialisten den Vorzug gegeben, anstatt sich auf das Risiko des freien Marktes einzulassen, der für sie in ihren Augen noch mehr Armut bedeutete. Und aus diesem Blickwinkel heraus gibt es auch einige, die die Programme der Opposition ablehnen aus Angst, sie könnten das wenige, das sie noch haben, ebenfalls verlieren.

Wettstreit um Nationalismus

Ohne konkretes Programm für die Durchführung ihrer allgemeinen Richtlinien ist es aber auch schwie-

rig, unter den Oppositionsparteien selbst Unterschiede auszumachen. So lässt sich der Wettstreit mit den Sozialisten und untereinander eben viel leichter um die Frage des Schutzes des Serbentums führen. Und in dessen Namen werden alle anderen eigentlich dringlichen Fragen nur nebenbei behandelt, wenn überhaupt. Das kommt den regierenden Sozialisten natürlich sehr zupass, die andernfalls angesichts des durch den Krieg und die Sanktionen nur beschleunigten, aber nicht verursachten wirtschaftlichen Niedergangs den Ausbruch sozialer Unruhen fürchten müssten.

Hier drängt sich die Frage des Nationalinteresses der Serben und Serbiens auf, die von der Opposition bisher nicht konkret beantwortet worden ist. «Die Opposition hat keine genügend klare Unterscheidung bezüglich der Politik getroffen, die als «Kriegsoption» bezeichnet werden kann», meinte jüngst der ehemalige jugoslawische Diplomat und Vertreter des oppositionellen Bürgerbundes, Novak Pribicević, gegenüber der Belgrader Tageszeitung «Borba».

«Ich bin der Ansicht, dass die Opposition, die ohnehin schon wegen ihrer Uneinigkeit geschwächt ist, sich unvorsichtig und unnötig in einen Wettstreit mit der Macht darüber eingelassen hat, wer der konsequentere Vertreter und Beschützer der serbischen Nationalinteressen sei, ohne zu untersuchen, was sie konkret und realistisch für den Schutz dieser Interessen beitragen könnte. Damit sollen aber nicht entsprechende Bemühungen eines Teils der Opposition in Frage gestellt werden, nur ist es bedauerlich, dass diese Bemühungen nicht sichtbarere Wirkung zeigten.»

Gleiche Ziele — andere Taktik?

Dieser Einschätzung kann schwerlich etwas beigefügt werden. Die Opposition hat tatsächlich und selbst nach Ausbruch ethnischer Konflikte in Jugoslawien noch mit den Sozialisten in

Sachen Patriotismus gewetteifert. Damit hat sie den nicht gerade falschen Eindruck erweckt, dass sie bezüglich der Ziele mit den Sozialisten einiggeht und sich nur durch die Taktik von diesen unterscheidet. Und selbst dies nicht immer, denn kriegerrische Aufrufe wurden auch in manchen Erklärungen und Handlungen von Oppositionsführern nicht versäumt.

Dies kam auch zutage, als die drei Präsidenten von «Restjugoslawien», Serbien und Montenegro, Čosić, Milošević und Bulatović, sich beim Parlament der bosnischen Serben in Bijeljina dafür einsetzten, den Vance-Owen-Plan anzunehmen. Dies führte zu neuen Spaltungen in den Oppositionsreihen zwischen Befürwortern einer friedlichen Lösung und den «Falken», die für die Ablehnung des Planes jeden Preis zu zahlen bereit sind.

Dies scheint Wasser auf die Mühlen der Sozialisten zu sein; denn unter den durch den Krieg eingeschüchterten Menschen hat hier Milošević, nicht etwa die Opposition, Punkte gesammelt. Die Opposition hatte nämlich zuvor, mit einigen wenigen Ausnahmen, nicht den Mut, laut und deutlich zu sagen, was die Serben tun sollten, weil sie befürchtete, sonst als Verräterin an den serbischen Nationalinteressen zu gelten. Ganz zu schweigen von jenen «Falken» auch in der Opposition, die noch immer davon überzeugt sind, «päpstlicher als der Papst» — Milošević — sein zu müssen.

Zerstrittene und damit geschwächte Opposition

Nebenbei sei erwähnt, dass inzwischen durch die Entwicklung in der Frage des Vance-Owen-Planes die Koalitionspartner der Sozialisten, die Radikalen unter Seselj, in die Isolation geraten sind, weil sie die einzigen waren, die gegen die Annahme des Planes durch die bosnischen Serben waren. Das könnte die Sozialisten, die damals nach den Wahlen die Koalition mit den Radikalen

eingegangen waren (vgl. «zeitbild» 9/93), veranlassen, sich nun nach einem anderen Regierungspartner in den Reihen der Opposition umzusehen.

Ob die Opposition allerdings imstande ist, diese günstige Chance ihrerseits für mehr Einfluss zu nutzen, scheint fraglich angesichts der bereits dargelegten Uneinigkeit untereinander und der mangelnden Konkretisierungsvorschläge ihrer Parteiprogramme. Die Opposition war ja bisher nicht einmal fähig, ihre Vorstellungen bezüglich der künftigen Entwicklung Serbiens oder bezüglich der Nationalinteressen der Serben in Serbien und ausserhalb der serbischen Grenzen genau zu definieren, und schon gar nicht die eventuellen Möglichkeiten auszuloten, wie sie auf die Sozialisten entscheidenden Einfluss nehmen könnte.

Indes liegt eine Einigkeit praktisch in ebenso weiter Entfernung wie zu Beginn des Mehrparteiensystems. Es gibt kaum eine Frage, bei der die Parteien untereinander, und was noch schlimmer ist, parteiintern, nicht hoffnungslos zerstritten sind. Es wäre mühsam, all die Spaltungen aufzuzeigen — allein die Demokratische Partei hat sich bisher schon zweimal geteilt. Und kürzlich ist die eben erst gegründete Sozialdemokratische Partei in zwei Teile auseinandergebrochen, wobei beide den Namen beibehalten haben und jede der beiden für sich beansprucht, die «echte» Sozialdemokratische Partei zu sein. Auch

die im Mai letzten Jahres zwecks gemeinsamen Auftritts verwandter Parteien gegründete Demokratische Bewegung Serbiens (DEPOS) vermochte ihren ersten Geburtstag nicht unversehrt zu erreichen.

Am deutlichsten kommt der Zustand der Opposition vielleicht zum Ausdruck mit der Reaktion des Führers der Demokratischen Partei, Dragoljub Micunović, auf die Drohung von Vuk Drasković (vgl. «zeitbild» 9/93), dass dessen Partei, die Serbische Erneuerungsbewegung, «mannhafte Schritte» einleiten werde. Nur eine Woche später bezeichnete Micunović nämlich diese Ankündigung als «nur rhetorisch, die nicht gründlich durchdacht ist. Sie macht den Eindruck, nicht ernst gemeint zu sein und bringt Risiken mit sich...» Dieser Dissens der Leiter zweier führender Oppositionsparteien ist für die Sozialisten natürlich von Vorteil und hat es diesen erspart, selbst auf Draskovićs Drohung reagieren zu müssen.

Fehlen demokratischer Vorbilder

Eine der möglichen Erklärungen für die Zerstrittenheit der serbischen Opposition liegt wohl in der Tatsache begründet, dass alle diese Parteien dem alten kommunistischen System und dem Einfluss durch dessen Doktrin entspringen. Unfähig, ihre

Vorbilder in demokratischen Gesellschaften zu finden, ist sie gekennzeichnet durch Handlungsunfähigkeit, Unduldsamkeit, Ausschliesslichkeitsanspruch und Unantastbarkeit — Eigenschaften, wie sie seit Lenin typisch waren für den Kommunismus.

Dies ist auch das Charakteristikum der regierenden Sozialisten. Doch was sie von der Opposition unterscheidet und sie trotz innerer Zerstrittenheit zusammenhält, ist die Tatsache, dass sie fest im längst aufgebauten und aufrechterhaltenen Machtsessel sitzen. Deswegen können sie sich auch damit begnügen, die seit 50 Jahren bewährten Machtinstrumente zur Blockierung der Opposition zu benutzen, um selbst an der Macht bleiben zu können. Und ihr bis anhin geschütztes Hätschelkind, die Radikalen, können dasselbe Instrumentarium gebrauchen, nur hemmungsloser und mit einem noch ausgeprägteren «Führerprinzip».

Unter dem internationalen und inzwischen auch inländischen Druck sind die Sozialisten eigentlich auf eine kompetentere Unterstützung als gerade diejenige von Seselj angewiesen. Und hierin läge die Chance der Opposition, unter der Voraussetzung allerdings, dass sie bereit ist, über den eigenen Schatten zu springen und die engstirnigen Ambitionen ihrer Führer überwindet und ihre eigenen Ziele klar und realistisch ausspricht. Dafür aber sind, so wie es heute aussieht, die Chancen sehr gering. ■

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's